Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 64 (1970)
Heft: 7-8

Artikel: Von einer mörderischen zu einer solidarischen Wirtschaft
Autor: Wicke, B.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-141776

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

müht hatten. Die Referentin und ihre Helfer sind sich wohl im klaren, dass nicht jeder Versuch erfolgreich sein kann, dass es nicht «bei der einzelnen Aktion bleiben kann, sondern dass es um die Änderung der Struktur geht . . . Unter den Christen Lateinamerikas wird zum erstenmal versucht, in einem Subkontinent die Macht der Gerechtigkeit, die dort in einer drohenden geschichtlichen Situation ihren Beitrag leisten wird, zu zeigen.» * Die sympathische Referentin schloss ihre von grosser Aufmerksamkeit verfolgten Worte mit dem Bekenntnis: «Ob wir sofort Erfolg haben, ist nicht wichtig, wir werden weiter arbeiten.» Sehr nachdenklich gestimmt und im tiefsten Grunde des Herzens wissend, dass der Sieg schliesslich auf der Seite der Friedensmacher sein wird, denen uns anzuschliessen wir alle aufgerufen sind, verliessen wir die Versammlung.» 13. 7. 1970, *E. P.-L.*

Von einer mörderischen zu einer solidarischen Wirtschaft

Unter diesem Leitwort fand vom 1. bis 3. Mai in Mülhausen ein Kongress der französischsprechenden Gruppen (Frankreich, Belgien, Welschland) des Internationalen Versöhnungsbundes statt. Wir wollen heute nicht näher auf diesen Kongress eingehen, sondern auf einige Tatsachen aufmerksam machen, die im vorbereitenden Heft der *Cahiers de la Réconciliation* unter dem Titel «Gebt uns zurück, was ihr uns gestohlen habt» zu lesen waren.

Es handelt sich um *Erklärung* und *Forderungen* einer Black-Power-Delegation, die sie dem Weltkirchenrat anlässlich der von diesem einberufenen Konferenz über Rassismus im Mai 1969 unterbreitete.

Revolutionserklärung an den Weltkirchenrat

Seit Hunderten von Jahren haben weisse *Christen* die Schwarzen gelehrt, ihren Nächsten zu lieben, sanft, demütig und gehorsam zu sein, ihren weissen Gott zu lieben und vor allem gewaltlos zu sein und die andere Backe hinzuhalten. Dies ist unter vielen ein Beispiel der Doppelzüngigkeit der Weissen und ihres Systems der «zwei Gewichte, zwei Masse». Besitzer der Macht zu sein, das ist das einzige, was das Christentum den weissen Menschen gelehrt hat: *militärische,* wirtschaftliche, politische Macht. Die weissen Christen haben mit Granaten und Feuersbrünsten unsere schwarzen Kirchen angegriffen, die weissen Christen haben mehr als zehn Millionen unserer schwarzen Brüder und Schwestern zu Sklaven gemacht und getötet,

* Es ist für mich klar, dass neben der unschätzbar wertvollen Arbeit, die auf gewaltfreiem Weg getan wird und der naturgemäss einen Erfolg in kleinen Schritten verspricht, die Einflussnahme auf die Gesetzgebung der einzelnen Länder Lateinamerikas, die Bekämpfung von Korruption und Ausbeutung, die Hebung des Bildungsniveaus der grossen Masse und ein demokratischer Aufbau der Staaten eine Änderung der Struktur beschleunigen.

Hunderte von Millionen unserer chinesischen Brüder, Millionen von Vietnamesen (erinnert euch an Kardinal Spellmann!) und die Indianer Amerikas ausgerottet...

«Gesegnet sind die Armen» verkündeten die weissen Christen, indem sie sich im internationalen Massstab an die wirtschaftliche Ausbeutung machten. Seit zweitausend Jahren ist die katholische Kirche eine herrschende Wirtschaftsmacht in Europa; heute kontrolliert sie die italienische Wirtschaft. Katholische Familien kontrollieren wirtschaftlich und politisch das Schicksal von zweihundertvierzig Millionen Lateinamerikanern. In den Vereinigten Staaten ist das jährliche Einkommen allein der protestantischen Kirchen (3,6 Milliarden Dollar) mehr als dreimal grösser als die Gewinne der General Motors, welche der grösste Welttrust ist...

Heute sagen wir, dass diese Doppelzüngigkeit, dieses System der «zwei Gewichte und zwei Masse» aufhören muss, dass die verbrecherische Lehre, die die Liebe seines eigenen Ausbeuters lehrt, verschwinden muss . . . Man lernt mit den Wölfen heulen. Der weisse Christ muss das gleiche Schicksal erleiden wie der nichtweisse: wir sagen, dass wenn ein weisser Christ einen nichtweissen angreift, dieser zum Gewehr greifen muss. Wir haben genug von einer Religion, wo die ruhmreichsten schwarzen Christen Märtyrer und Heilige sind, während die ruhmreichsten weissen Christen Eroberer und imperialistische Verwalter sind . . . Statt dass die weissen Christen Macht über die Rassen haben, sagen wir: den Schwarzen die *Schwarze* Macht; den Gelben die *Gelbe Macht;* jedem Volk seine Macht. Das bedeutet: *politische, wirtschaftliche und militärische Macht.*

Es ist sehr gut, Schadenersatz zu verlangen: jedes Volk braucht Boden, Brot, eine gute Schulung und anständige Wohnungen. *Aber wir müssen darüber hinausgehen.* Wir müssen das politische, wirtschaftliche und militärische Phänomen, das diese Bedürfnisse bestimmt und weiterbestehen lässt, analysieren. Der einzige Weg, diese Bedürfnisse zu befriedigen, ist der, ihnen ihre Ursache zu nehmen. Und diese ist gerade die rassistische weisse Macht der westlichen Industriegesellschaften, die durch die jüdisch-christliche Lehre von der Überlegenheit der weissen Rasse geweiht ist und deren offizieller Vertreter der Weltrat der Kirchen ist.

Wir wollen keine Brosamen mehr. Wir verlangen die politische Macht, keine Scheinmacht. Aber was ist die politische Macht für die Schwarzen? . . . Wie bestimmt die Struktur der Macht der Weissen die Lebensbedingungen von uns Schwarzen? Wie es unser Bruder Eldrige Cleaver gesagt hat: durch ein System, wo das Lynchen gesetzlich ist; wie in den Südstaaten, wo 80 % der ermordeten Schwarzen von hinten in den Rücken getroffen und gelyncht werden...

Die Forderungen

Als ersten Versuch, die Beziehungen der bestehenden Kräfte zu ändern:

a) die Schaffung eines Verteidigungsfonds von 60 Millionen Francs (in Schweizer Franken etwa 20 % weniger) für die Verteidigung der politischen Gefangenen, die an den Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker auf der ganzen Welt teilgenommen haben;

b) je 60 Millionen Francs für sechs genannte Befreiungsbewegungen;

c) 240 Millionen Francs für ein internationales Verlagshaus, um die Lage und die Befreiungskämpfe aller unterdrückten Völker bekannt zu machen.

Der Weltrat der Kirchen wird gebeten, bis zum folgenden Tag ein verpflichtendes Dokument auszustellen, das die genannten Summen und die Modalitäten ihrer Auszahlung enthält. Mit dem Ausdruck der Hoffnung, dass er sich mit ihnen verbinden werde, um Mittel zu finden, die Gesellschaftsstruktur zu ändern, damit diese gerechter für die Menschen aller Rassen und aller Nationen würde, bekennen sie sich selber zur Abschaffung der Gewalttätigkeit, «aber um die Gewalttätigkeit abzuschaffen, ist es manchmal nötig, gewalttätig zu sein, und um des Zwanges willen ist es manchmal notwendig, das Gewehr zu schultern.»

Die Antwort des Weltkirchenrates auf diese Forderungen, die sein Verständnis für die Notwendigkeit einer Neustrukturierung der Wirtschaft bekundet, aber feststellt, dass im Gremium der Konferenz niemand die Zuständigkeit hätte, ein verpflichtendes Dokument auszustellen, hat nicht befriedigt. Darum gab eine Gruppe militanter Afro-Amerikaner von Paris ein Communiqué heraus, in dem ein *Ja* oder *Nein* gefordert wird unter der Begründung, «wenn ihr nicht für uns seid, so seid ihr gegen uns».

Zum Abschluss der Konferenz hat der Weltrat der Kirchen seinen Mitgliedskirchen eine Anzahl Massnahmen zur Bekämpfung des Rassismus empfohlen. Sie sind nicht gerade neu oder überwältigend, doch möchten wir den Schluss dieser *Empfehlungen* im Wortlaut wiedergeben:

«Wenn alle andern Mittel versagen, müssen die Kirchen die Widerstandsbewegungen unterstützen, welche die Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Tyrannei zum Ziele haben.»

Was das Prinzip der Wiedergutmachung betrifft, versichert die Konferenz: «Wir verlangen von den religiösen Institutionen dringend, dass sie den materiellen Besitz, den sie zu viel haben, aufgeben und dass sie den Organisationen der um ihrer Rasse willen Unterdrückten sofort einen grossen Teil ihrer Geldmittel schenken, und zwar ohne irgendwelche Kontrollmöglichkeiten zu verlangen. Die Kirchen werden ausserdem gebeten, den Betrag ihres Vermögens öffentlich bekanntzumachen und anzugeben, in welchem Masse ihre finanziellen Anlagen dazu beitragen, den Fortbestand unmenschlicher Arbeitsbedingungen zu begünstigen und — auf nationaler oder internationaler Ebene — Regierungen und Industrien zu unterstützen, die die Rassendiskriminierung praktizieren.»

Es darf wohl angenommen werden, dass Empfehlungen wie die vorstehenden zu den Entscheiden der schwedischen, englischen und italienischen Regierungen beigetragen haben, Firmen und Banken zu veranlassen, sich an dem rassistischen Staudammprojekt Cabora-Bassa *nicht* zu beteiligen. Es wäre beschämend, ja untragbar, wenn die «freie» Schweiz (frei zu allen wirtschaftlichen Abenteuern) hier wieder einmal den Sieg über eine «humanitäre» Schweiz davontragen würde, indem unsere Banken durch

Finanzierung und unsere Industrie (Brown Boveri) durch Lieferungen in die Lücke springen würden.

Es sollte in der Schweiz, deren nichtkatholische Kirchen ja auch Mitglieder des Weltrates der Kirchen sind, wohl etwas mehr für das Bekanntwerden dieser Empfehlungen, auch durch die einzelnen Kirchgemeinden, getan werden. Es gibt gewiss noch viele Christen, die um des höheren Zinses willen — oft ahnungslos — ihr Geld in südafrikanischen Unternehmen anlegen.

Über die Hintergründe des Projektes Cabora-Bassa können wir vielleicht in der nächsten Nummer einen ausführlichen Bericht bringen. *B. Wicke*

Jugend durchleuchtet den Militär-/Kriegsdienst und zieht Konsequenzen

Der Kongress «Jugend gegen Kriegsdienst», der vom 16. bis 18. Mai 1970 im Essener Saalbau tagte, wurde Pfingstmontag mit einer gemeinsamen Abschlusserklärung des Plenums erfolgreich beendet. Über 1000 Kriegsdienstgegner aus allen Teilen der Bundesrepublik und unterschiedlicher ideologischer Herkunft — konfessionell, gewerkschaftlich, pazifistisch, sozialistisch — nahmen an ihm teil. Diese Teilnehmerzahl ist um so höher zu bewerten, als es sich um einen Kongress handelte, der von Anfang bis Ende durch intensive Diskussion um aktuelle politische Problematik geprägt war. Es kann festgestellt werden, dass dieser erste Versuch, der antimilitaristischen Jugend in ihren unterschiedlichen Gruppierungen ein Forum zu umfassender Kommunikation und Koordination durch gemeinsame, zielgerichtete Diskussion zu schaffen, vollauf geglückt ist. Dies kommt wohl am deutlichsten auch in dem Beschluss der Teilnehmer zum Ausdruck, den Kongress «Jugend gegen Kriegsdienst» zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Die Bundesgeschäftsstelle der DFG-IDK wurde beauftragt, dazu alle organisatorischen Vorbereitungen zu treffen.

Abschlusserklärung

Die nachstehende Abschlusserklärung gibt die gemeinsamen Vorstellungen aller Projektgruppen wieder. Sie wurde von den Teilnehmern nach eingehender Diskussion im Plenum als Gesamtaussage des Kongresses beschlossen:

Jede Kriegsdienstverweigerung ist eine politisch relevante Entscheidung. Jedoch genügt die individuelle Verweigerung allein nicht zur Abschaffung der Militärapparate. Deshalb muss jeder Kriegsdienstverweigerer aktiv politisch handeln.

Die Verwirklichung der Pläne des Verteidigungsministers Helmut Schmidt zur Schaffung einer Berufsarmee, gekoppelt an ein Milizsystem auf Wehrpflichtbasis, ferner die Einberufung auch der beschränkt Tauglichen, würde zu einer verstärkten Aufrüstung und Militarisierung in der Bundesrepublik führen.

Die Bundeswehr ist in keiner denkbaren Kriegssituation in der Lage, den ihr gestellten militärischen Auftrag zu erfüllen. Die Behauptung, Sicherheit durch Abschreckung zu produzieren, ist eine Zwecklüge. Wir fordern deshalb die Abschaffung der Bundeswehr.